Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 35 (1979)
Heft: 5-7

Artikel: Die Alibifrau
Autor: Hofmann, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845074

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

beiden andern Politikerinnen auf Widerstand. Ihrer Ansicht nach kommen Feministinnen in der Schweiz nur dann zum Ziel, wenn sie harte Forderungen stellen, denn unser Land sei gegenüber anderen Staaten, vor allem im Bereich der sozialen Besserstellung der Frau, arg im Rückstand.

In der Frage der heutigen Stellung der Frau in den politischen Parteien waren die fünf Teilnehmerinnen gleicher Meinung. Leider bilden Frauen in den Parteien immer noch eine verschwindende Minderheit. Ihr Anteil liegt nur zwischen achtzehn und siebenundzwanzig Prozent (Marxistische Liga). Deshalb sei es unerlässlich, dass sich die Frauen über die Parteien hinaus solidarisch zusammenschliessen, wenn es um feministische Probleme gehe. Es sei nach wie vor äusserst schwierig, Forderungen der Frauen durchzusetzen. Frauengruppen innerhalb der Parteien müssen weiter bestehen. Mit der gegenwärtigen Tendenz der Integration bestehe die Gefahr des Wiedereinstufens in die traditionellen Rollenclichés.»

Elisabeth Gross

Wer will in die juristische Kommission?

Gemäss Beschluss der DV von Zug sollen die Sektionen eigene juristische Kommissionen bilden, die bei Vernehmlassungen von der Zentralpräsidentin aufgefordert werden können, sich innert nützlicher Frist zum jeweiligen Thema zu äussern.

Unsere Vorstandsjuristinnen Barbara Weber und Silvia Aeschbach haben sich als «Stammkommission» zur Verfügung gestellt. Gesucht werden nun aber Mitglieder mit gesundem Menschenverstand (auch ohne juristisches Studium!), die von Fall zu Fall in der erweiterten Kommission mitmachen würden. Wer sich dafür interessiert, möge sich mit unserer Präsidentin in Verbindung setzen. (Claudia Depuoz-Mantovani, Goldauerstrasse 58, 8006 Zürich, Telefon Privat 60 38 05, Büro 201 48 55.)

Die Alibifrau

Die folgenden Ausführungen stammen von SVP-Nationalrat Dr. Fritz Hofmann, Burgdorf. Wem spricht er aus der Seele, wen reizt er zu Widerspruch? Ist es tatsächlich eine Utopie anzunehmen, die Frauen könnten eines (fernen) Tages doch prozentual angemessen politisch vertreten sein? (Die Zitate in den beiden Kästchen stammen aus einem andern Artikel des gleichen Autors.)

Nach dem Islam ist die Frau das Feld, das der Mann nach seinem Belieben bestellen kann. In einigen, vorwiegend konservativen Ländern, in denen andere Religionen herrschen, ist die Frau das Wesen auf dem Piedestal, die Mystifizierte. Nur unsere als materialistisch geltende Gesellschaft beginnt, die Frau als Partnerin, als die andere Hälfte, gleichberechtigt anzuerkennen. Der tiefgreifende Wandel, der damit verbunden ist, beweist mindestens eines mit Sicherheit: Vitalität! Nur was sich bewegt und verändert, ist auch lebendig.

Die Anerkennung der Frau als Partnerin hat einen neuen Frauentyp kreiert, die sogenannte Alibifrau. Es ist die Frau, die stellvertretend — beispielsweise in der Schweiz für 54,3 Prozent der Wählerschaft — in kommunalen, kantonalen und eidge-

nössischen Gremien sitzt. Wenn man einige Zahlen vergleicht, begreift man auf Anhieb, dass damit an sie überaus hohe Anforderungen gestellt werden. Selbst in Genf, wo heute immerhin 20 Prozent der Grossräte Frauen sind, ist die weibliche Hälfte des Schweizervolkes untervertreten. Ganz zu schweigen von den Frauen im National- und Ständerat, die nur magere 7,5 Prozent des Parlamentes ausmachen!

Es wäre wohl eine *Utopie* anzunehmen, die Frauen könnten je einmal prozentual in der gleichen Grössenordnung wie die Männer politisch vertreten sein. Man befürchtet im Vorfeld der kommenden Nationalratswahlen im Herbst 1979 sogar eine rückläufige Tendenz. Der Stellenwert der Alibifrau wird also eindeutig immer grösser.

In der Schweiz ist es üblich, eine Kommission nach paritätischen Gesichtspunkten zusammenzustellen. Es wird eine gerechte Verteilung der Sitze unter den Parteien, Sprachen und Konfessionen angestrebt. Es wird Rücksicht genommen auf die Regions- beziehungsweise Kantonszugehörigkeit. Seit 1971 das eidgenössische Stimm- und Wahlrecht für Frauen eingeführt worden ist, kommt ein Weiteres dazu: «Wir müssen unbedingt auch noch eine Frau haben!» So heisst es jeweils. Also: Die Frau als Alibi!

Die Alibifrau! Denn auch den eingefleischtesten Politikern unserer Männerdemokratie ist klar geworden, dass man nicht mehr als reiner Männerclub die Zukunft planen darf.

Die Alibifrau hat es in der Politik nicht leicht. Wollte sie bei jedem Geschäft Punkt für Punkt den weiblichen Standpunkt einbringen, müsste sie pausenlos die Männer an die Wand reden. — Wie kommt nun eine Alibifrau gleichwohl zum Zug?

Frauen sind ein junges Stimmvolk. Sie haben das eidgenössische Stimm- und Wahlrecht erst seit acht Jahren. Die Männer dagegen können seit 150 Jahren als unabhängiger Souverän zu allen politischen Entscheidungen Stellung nehmen. Die Parteien wurden von Männern für Männer geschaffen. Unser Staat ist eine von Männern vorprogrammierte Demokratie. Und diese Demokratie hat ganz festumrissene Spielregeln, hat ihre Tabus, ihre freundeidgenössischen Kompromisse, ihre Sprache, ihr Prozedere.

Die meisten Politiker erwarten nun von den Frauen, dass sie sich dieser Männerdemokratie anpassen, dass sie langsam hineinwachsen, dass sie argumentieren und nach gleichen Kriterien entscheiden wie Männer. Das hiesse nun aber, unsere direkte Demokratie um eine Chance bringen. Frauen sind nicht vorprogrammiert. Ihnen fehlt die sogenannte Männer-Solidarität, die aus hunderterlei Verflechtungen von Militär, Verein, Sport, Berufskarriere, Parteipolitik zusammengehalten wird. Es ist eine Verflechtung, die sehr oft die Handlungsfreiheit einengt. Frauen sind unabhängiger. Aber ihre spezifisch weiblichen Qualitäten, die in der Männerpolitik verpönt sind, nämlich Spontaneität, Direktheit, Intuition sind nicht gefragt.

Aber nur, wenn die Frauen unserer Gesellschaft diese Qualitäten bringen können, wenn wir bereit sind, unsere politisch-patriarchalischen Strukturen etwas aufweichen zu lassen, können wir sie zur echten Mitwirkung und Mitgestaltung gewinnen.

● Sie muss ihre Voten ausgezeichnet vorbereiten, besser als ein Mann, der immer damit rechnen kann, dass ein gleichgesinnter Kollege in dieser oder jener Frage nachdoppelt.

● Sie muss sich klar darüber sein, welchen typisch weiblichen Argumenten sie Priorität zumisst. Darauf sich zu konzentrieren, bringt ihr mehr, als zuviel auf einmal zu wollen. Männer sind politische Habitués, sie werden leicht kopfscheu und verhärten sich, wenn man sie pausenlos in Frage stellt.

● Bei krassen Missverständnissen von seiten der Männer muss die Alibifrau ihren Mut bewahren, zu ihrer Auffassung stehen und sich nochmals erklären.

● Es gelingt schon einem erfahrenen Politiker nicht, in einer Kommissionssitzung oder in seiner Fraktion «alles» zu sagen. Und auch der tüchtigsten Alibifrau wird dies nicht gelingen. Sie hat hingegen eher leichter die Möglichkeit, in persönlichen Gesprächen mit Kollegen für ihre Auffassung Stimmung zu machen, Unterstützung zu finden. Es kann ihr dann zwar passieren, dass andere ernten, was sie gesät hat. Aber eine echte Alibifrau hat ja das Ganze und nicht ihr persönliches Prestige im Sinn.

● Sie muss ihre Rolle als Volksvertreter resp. Volksvertreterin noch ernster nehmen als ein Mann. Jeder Nationalrat hat — im Schnitt gerechnet — rund 30 000 Mitbürger hinter sich. Diese Mitbürger wählen ihn nicht bloss, sondern verlangen von ihm, insbesondere vor Wahlen und vor Abstimmungen, auch Rechenschaft. Eine Alibifrau muss sich bewusst sein, dass das, was sie sagt, was sie zu sagen unterlässt, noch viel schwieriger wiegt.

Dass viele Schweizerinnen heute ohne Ressentiments bereit sind, Gegenwart und Zukunft politisch mitzugestalten, kann man ihnen gar nicht hoch genug anrechnen. Man darf ihnen nicht verübeln, dass sie sich nun nicht widerspruchslos in das vorprogrammierte Denkschema der Männer einpassen lassen wollen, dass ihnen die trockenen Parteiparolen, die sich von aussen gesehen oft verzweifelt ähnlich sehen, nicht besonders attraktiv erscheinen. Wir können von den Frauen nun nicht weitere jahrzehntelange Lehr- und Wanderjahre in unserer Demokratie verlangen. Die Probleme brennen unter den Nägeln. Wir brauchen die Frauen und wir brauchen sie heute.

● Eine Alibifrau muss allem voran Frau sein. Sie soll so sein wie sie ist, also keine Imitation eines Mannes. Sie hat nur dann Erfolg, wenn sie den Männern die «andere Hälfte» an Denken, Fühlen, Planen und Erfinden bringt.

Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung von Thomas Held, Christoph Reichenau und Verena Ritter über «Frauen in der Bundesversammlung» wertet die politische Stellung der Frau in der Schweiz pessimistisch. In der Studie wird im einzelnen gezeigt, dass die «extreme» Untervertretung der Frauen in der Bundesversammlung nur schweizerische Realitäten widerspiegelt. Von den rund 1200 Parlamentariern, Regierungsmitgliedern, Kronexperten und Chefbeamten in Bund und Kantonen, die man als politisch wichtigste Mandatinhaber bezeichnen könnte, sind nur 44 Frauen, also knapp vier Prozent . . .

Ich meine aber, das sage im wesentlichen nichts aus. Noch immer war in der Geschichte der Menschheit letztlich die Qualität entscheidend und nicht die Quantität. Immer haben *einzelne* Persönlichkeiten oder *kleine* Gruppen von Persönlichkeiten die Welt verändert. Die Alibifrauen in der Schweiz sind nicht bloss Zierrat und Gallionsfiguren, sondern sie sind mehr — nämlich ausserordentlich wichtige Meinungsbildner.

Fritz Hofmann

Hoffnung auf eine wirkliche Emanzipation der Frau...

Wir veröffentlichen nachstehend einen Brief der Zentralpräsidentin an die Sektionspräsidentinnen, weil die darin angestellten grundsätzlichen Überlegungen nicht nur in den Köpfen von Vorstandsmitgliedern rumoren sollten!

Wenn wir an die Organisation unseres politischen Lebens denken, so werden wir uns der Wichtigkeit der Parteien bewusst. Obschon in der Verfassung bis heute nicht erwähnt, wäre die praktische Durchführung von Wahlen und Abstimmungen ohne diese Organisationen gar nicht vorstellbar.

Die Parteien haben sich seit Ende des Mittelalters zusammen mit dem demokratischen Staatsgedanken entwickelt. Je stärker die Verfassungen liberalem Gedankengut verpflichtet sind und je wichtiger die Vorstellung einer demokratischen Volksvertretung genommen wird, um so wichtiger sind die Parteien.

Es wurde auch schon geschrieben, dass die Parteien Kinder der Demokratie und des allgemeinen Stimm- und Wahlrechtes sind. Wir Frauen aber stellen mit Bitterkeit fest, dass dieses liberale Gedankengut patriarchalischer Natur ist.

> Die Frau ist das Juwel des Mannes. Man darf sie nicht aus den Augen lassen.
>
> *Muhamed Ali im «Stern»*

Die Liberalen haben an der göttlichen Natur der Herrscherrechte gezweifelt und sie abgelehnt. Die Herrschaft über die Frau, die sich darin äussert, dass bis heute die Frauen praktisch im Staat und in der Wirtschaft machtlos sind, stört sie nicht.

Der Feminismus gilt bei den Linken als bürgerlich, bei den Rechten als politisch suspekt. Beide Seiten haben von der Energie, welche die feministischen Gedanken frei machen könnten, Angst.

Wohl organisiert, wie sie sind, gelingt es bis jetzt den Parteien aller Richtungen leicht, dem feministischen Gedankengut eine starke Bremse zu bieten.

Unsere Hoffnung auf eine wirkliche Emanzipation der Frau stützt sich auf den Glauben, dass der demokratische Gedanke stärker als die patriarchalischen Vorstellungen sein wird, wenn es Frauen gibt, die von links nach rechts dafür kämpfen.

Olivia Egli-Delafontaine

Mehr weibliche Ratsuchende beim Berufsberater

Immer mehr Mädchen und Frauen suchen einen Berufsberater auf. Wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) in der Zeitschrift «Die Volkswirt-